



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Wettbewerbskommission WEKO  
Commission de la concurrence COMCO  
Commissione della concorrenza COMCO  
Competition Commission COMCO

CH-3003 Bern, WEKO

Bundesamt für Energie BFE  
3003 Bern

Vorab per E-Mail: [energiestrategie@bfe.admin.ch](mailto:energiestrategie@bfe.admin.ch)  
Unser Zeichen:  
Direktwahl:  
Bern, 24.04.2017

## **521-0469: Vernehmlassung zu den Änderungen auf Verordnungsstufe für die Umsetzung des ersten Massnahmenpakets zur Energiestrategie 2050**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung und führen dazu gerne Folgendes aus:

### **Einleitende Bemerkungen**

Die Wettbewerbskommission (WEKO) nimmt die in den Ausführungsverordnungen zur Energiestrategie 2050 umgesetzten umweltpolitischen Ziele zur Kenntnis und verzichtet wie auch schon im Rahmen der Vernehmlassung zur Energiestrategie 2050 selbst auf eine (wettbewerbs-)politische Bewertung derselben.

Den gesetzesmässigen Auftrag wahrnehmend (Art. 46 Abs. 2 des Bundesgesetzes über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen; KG, SR 251) **beschränkt sich die WEKO auf eine Stellungnahme zu den aus wettbewerblicher Sicht relevanten Punkten.** Daraus kann nicht abgeleitet werden, dass die Ausführungsbestimmungen aus anderen Überlegungen zu unterstützen oder abzulehnen wären.

### **Ad Energieverordnung (EnV)**

#### **Art. 13**

Betreffend die Vergütung für Energien nach Art. 15 EnG wird im erläuternden Bericht zu Art. 13 EnV präzisiert, dass unter den „vermiedenen Beschaffungskosten gleichwertiger Elektrizität“ die Gleichwertigkeit in Bezug auf die technischen Eigenschaften (bspw. Menge, Leistungsprofil, Steuerbarkeit) und nicht auf die Herkunft (erneuerbar / nicht erneuerbar) zu verstehen ist. Diese Präzisierung ist aus Wettbewerbssicht und im Sinne der

Wettbewerbskommission  
Hallwylstrasse 4, CH-3003 Bern  
Tel. +41 58 462 20 40, Fax +41 58 462 20 53  
[weko@weko.admin.ch](mailto:weko@weko.admin.ch)  
[www.weko.admin.ch](http://www.weko.admin.ch)

Technologieneutralität explizit zu begrüßen. Um allfälligen anderen Interpretationen des Begriffs zuvorzukommen, regen wir an, die genannte Präzisierung in die Verordnung aufzunehmen.

#### **Art. 17**

Grundsätzlich ist aus Sicht des Wettbewerbs nichts gegen den Eigenverbrauch an sich oder den Zusammenschluss zum Eigenverbrauch einzuwenden, solange eine Mieterin und ein Mieter und eine Pächterin und ein Pächter die Möglichkeit haben, aus dem Zusammenschluss wieder auszusteigen und ihren Strom bei einem anderen Anbieter zu beziehen.

Ein Austritt ist jedoch gemäss Art. 17 Abs. 4 EnV nur möglich, wenn die Grundeigentümerin oder der Grundeigentümer die angemessene Versorgung mit Elektrizität nicht gewährleisten kann oder die Vorgaben nach Abs. 1 und 2 (Kostenauflegung) nicht einhält. Dies würde bedeuten, dass eine Mieterin und ein Mieter und eine Pächterin und ein Pächter mit Anspruch auf Netzzugang, die sich für einen Zusammenschluss zum Eigenverbrauch entschliessen, ihren Anspruch auf Netzzugang *de facto* verlieren würde, da sie nur unter den restriktiven Bedingungen von Art. 17 Abs. 4 EnV aus dem Zusammenschluss austreten könnten. Zwar wird – gemäss mündlichen Aussagen des zuständigen Mitarbeiters des BFE – der Zusammenschluss als solcher netzzugangsberechtigt<sup>1</sup>, jedoch verfolgt der Zusammenschluss nicht notwendigerweise die gleichen Interessen wie die ursprünglich netzzugangsberechtigten Mieterinnen und Mieter und Pächterinnen und Pächter. Es stellt sich folglich die Frage, ob der Verlust des „individuellen“ Netzzugangs der ursprünglich netzzugangsberechtigten Mieterinnen und Mieter und Pächterinnen und Pächter mit den Zielen der Strommarktliberalisierung vereinbar ist.

Des Weiteren fällt auf, dass diese Regelung im Widerspruch zu Art. 17 Abs. 3 EnG zu stehen scheint. Dort wird festgehalten, dass der *Anspruch auf Grundversorgung* von Mieterinnen oder Mietern und Pächterinnen oder Pächtern zu einem späteren Zeitpunkt nur geltend gemacht werden könne, wenn die Grundeigentümerin oder der Grundeigentümer ihren Pflichten nicht nachkomme (welche in Art. 17 Abs. 4 EnV spezifiziert werden). Jedoch *behalten* sie gemäss dem letzten Satz *grundsätzlich ihren Anspruch auf Netzzugang* nach Art. 13 StromVG. Dies könnte dahingehend interpretiert werden, dass die Austrittsregelung nur für Mieterinnen oder Mieter und Pächterinnen oder Pächter in der Grundversorgung gilt, wohingegen Mieterinnen oder Mieter und Pächterinnen oder Pächter mit Anspruch auf Netzzugang jederzeit aus dem Zusammenschluss austreten können. Die EnV scheint somit das EnG einzuschränken.

Vor dem Hintergrund dieses Widerspruchs und in Anbetracht obiger Bemerkungen betreffend den Verlust des individuellen Netzzugangs regen wir an, die Bedingungen für einen Austritt aus dem Zusammenschluss von Mieterinnen und Mietern und Pächterinnen und Pächter mit Anspruch auf Netzzugang zu überdenken.

#### **Ad Verordnung über die Förderung der Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien (Energieförderungsverordnung, EnFV)**

##### **Grundsätzliches**

Bei der Beurteilung von Gesetzes- oder Verordnungsänderungen orientiert sich die WEKO am Grundsatz, dass Regulierungen generell wettbewerbsneutral auszugestalten sind. Dies bedeutet, dass Staatseingriffe nicht ohne zwingende Erfordernis Marktteilnehmer bevorzugen oder benachteiligen sollten. Dabei ist insbesondere auf die Technologieneutralität bzw. Technologieoffenheit von Erlassen und Massnahmen zu achten. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Verbreitung neuer gewünschter Technologien verunmöglicht wird.

---

<sup>1</sup> Der Grund dafür sei, dass der Zusammenschluss nur über einen Netzanschlusspunkt am Verteilnetz angeschlossen sei.

Mit der Energiestrategie 2050 werden politische Entscheide umgesetzt, welche den Grundsatz der Technologieneutralität *bewusst ignorieren*. Die WEKO nimmt diese (umwelt-)politischen Entscheide, welche im EnG und ausführend dazu in der EnFV verankert werden, zur Kenntnis und verzichtet diesbezüglich auf eine wettbewerbspolitische Beurteilung.

#### *Art. 102*

Gemäss Art. 102 EnFV publiziert das BFE unabhängig von der Grösse einer Anlage die in diesem Artikel genannten Angaben zu den Anlagen, die eine Förderung nach dieser Verordnung erhalten. Darunter befinden sich unter anderem namentlich der Name oder die Firma des Betreibers sowie der Standort der Anlage (Bst. a), die Leistung vor und nach der Investition (Bst. d) und die Höhe des Förderungsbeitrags (Bst. e). Gemäss den Erläuterungen erfolgt diese Publikation aus Transparenzgründen.

Die WEKO hat bereits am 29.6.2015 anlässlich einer Vernehmlassung zu einer Teilrevision der EnV zum Vorgänger-Artikel Stellung genommen. Gerne erläutern wir Ihnen nochmals unsere diesbezügliche Position.

Aus Sicht der Wettbewerbsbehörden ist betreffend Transparenz zu unterscheiden zwischen Transparenz zwischen Anbietern und Nachfragern einerseits und Transparenz zwischen mehreren Anbietern andererseits. Grundsätzlich führt eine Verminderung der Informationsasymmetrie durch erhöhte Transparenz zwischen Anbietern und Nachfragern zu effizienteren Marktallokationen. Es ist demgegenüber nicht auszuschliessen, dass eine erhöhte Transparenz zwischen den sich in einem Konkurrenzverhältnis befindenden Anbietern untereinander kollusionsfördernd wirken kann (z.B. durch paralleles Verhalten, abgestimmte Verhaltensweisen, Absprachen). Ob eine Publikation von Unternehmensdaten zu einer Wettbewerbsbeeinträchtigung im Sinne des Kartellgesetzes führt, kann nur durch eine Beurteilung im Einzelfall erfolgen.

Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass die in Art. 102 EnFV vorgesehene Publikation von Informationen über die Leistung vor und nach der Investition und die Höhe des Förderbeitrags eines namentlich genannten Anbieters die Gefahr von kollusivem Verhalten (z.B. abgestimmte Verhaltensweisen/Abreden, die eine künstliche Verknappung des Angebots und damit Preissteigerungen bewirken könnten) birgt. Um dieser Gefahr vorzubeugen, beantragen wir, die in Art. 102 EnFV genannten Angaben in anonymisierter Form zu veröffentlichen.

#### **Ad Stromversorgungsverordnung (StromVV)**

##### *Art. 8a, 8c und 13a*

Im Erläuternden Bericht wird sowohl in Bezug auf intelligente Messsysteme als auch in Bezug auf intelligente Steuer- und Regelsysteme dargestellt, welche Kosten nicht anrechenbar seien. Betreffend intelligente Messsysteme wird ausgeführt, dass sowohl mittels Kommunikationssystem als auch mittels Datenverarbeitungssystem stromfremde Dienste erbracht werden können, deren Kosten nicht anrechenbar seien. Auch betreffend intelligente Steuer- und Regelsysteme wird präzisiert, dass Dienstleistungen, welche nicht den effizienten Netzbetrieb bezwecken und auch von Dritten angeboten werden können (z.B. Optimierung des Eigenverbrauchs oder Anbieten von Flexibilität auf den Primär-, Sekundär- Tertiärregelenergiemärkten), nicht anrechenbar seien.

Wir würden es begrüssen, wenn das aus Wettbewerbssicht zentrale Verbot der Quersubventionierung durch eine mögliche Anrechenbarkeit der Kosten von Dienstleistungen, welche auch von Dritten im Wettbewerb angeboten werden können, in der Verordnung selbst verankert würde.

#### Art. 8c

Wir begrüssen die Stossrichtung, auf Verordnungsebene lediglich einen minimalen Rahmen für eine effiziente Koordination zwischen Netzbetreibern und Marktakteuren zu setzen und einen diskriminierungsfreien Zugang zu Flexibilitätpotenzialen vorzusehen. Ebenfalls begrüssen wir, dass dem Netzbetreiber nur zur Sicherstellung des stabilen Netzbetriebs ein Vorrang auf die Flexibilität eingeräumt wurde, was dem Flexibilitätsanbieter eine grösstmögliche Wahl lässt, welchem Marktakteur er seine Flexibilität zu welchen Bedingungen anbieten möchte.

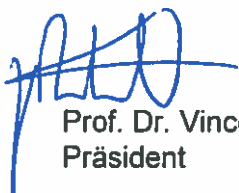
#### Ad CO<sub>2</sub>-Verordnung

Wie im erläuternden Bericht vorgesehen, wird es weiterhin zu Nachteilen für Kleinimporteure kommen, wenn sie Fahrzeuge mit hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen einführen, da sie diese, im Gegensatz zu den Grossimporteuren, nicht mit Fahrzeugen mit tiefen CO<sub>2</sub>-Emissionen kompensieren können. Neu wird diese Regelung auch Kleinimporteure von Lieferwagen bzw. leichten Sattelschleppern in gleicher Art und Weise benachteiligen. Aus wettbewerbsrechtlicher Sicht ist der Import von Neufahrzeugen durch Endkunden (Direktimporte) und durch Händler (Parallelimporte), als Alternative zum Bezug beim offiziellen schweizerischen Händlernetz bzw. beim schweizerischen Generalimporteur zu begrüssen, weil damit der Wettbewerb innerhalb der Marke grundsätzlich verstärkt wird. Daher stehen wir regulatorischen Massnahmen, die zur Erschwerung von Direktimporten und Parallelimporten führen, grundsätzlich ablehnend gegenüber. Wir regen daher an, die Verordnung so auszugestalten, dass Kleinimporteure gegenüber Grossimporteuren nicht (weiterhin) benachteiligt werden.

Eine Abhilfe dieser offenkundigen Ungleichbehandlung ist im Entwurf der Teilrevision zur CO<sub>2</sub>-Verordnung in Art. 22 vorgesehen, indem Kleinimporteure sich zu einer «Emissionsgemeinschaft» zusammenschliessen können und somit die gleichen Rechte und Pflichten eines Grossimporteurs erhalten. In der Praxis haben Kleinimporteure uns gegenüber wiederholt vorgebracht, dass diese Lösung wegen der vorgesehenen Solidarbürgschaft für die auszurichtenden Sanktionen zwischen den einzelnen Kleinimporteuren als wenig praktikabel erscheine.

Mit freundlichen Grüssen

Wettbewerbskommission



Prof. Dr. Vincent Martenet  
Präsident



Dr. Rafael Corazza  
Direktor